

Netzwerk gerechter Welthandel

1.) Macht Ihre Partei CETA zum Thema bei der Hessischen Landtagswahl?

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Das Thema CETA beschäftigt uns GRÜNE auch im Landtagswahlkampf. Die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben darüber erst kürzlich bei der Landesmitgliederversammlung am 2. Juni diskutiert und folgende Position in das Wahlprogramm aufgenommen:

Die Intransparenz sowohl der TTIP- als auch der CETA- und TiSA-Verhandlungen hat zu Misstrauen und damit auch zu einer Schwächung der Europäischen Union geführt. Gerade jetzt ist ein klares Eintreten für die europäische Einigung, für Europa und seine Werte und Ziele und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union äußerst wichtig. Dazu zählt auch das Bekenntnis zum fairen und freien Handel – sowohl innergemeinschaftlich als auch mit den Regionen und Staaten außerhalb der EU. Vor diesem Hintergrund ist eine transparente Diskussion und Abwägung der Chancen und Risiken von CETA sowie aller weiteren Handelsabkommen erforderlich. Mit der Unterzeichnung des CETA Abkommens am 21. September 2017 ist ein Großteil der verhandelten Regelungen bereits in Kraft getreten. Für ein vollständiges Inkrafttreten bedarf es noch der Ratifizierung des Abkommens durch alle europäischen Mitgliedsstaaten und damit eines Verhandlungstextes, der trotz der von beiden Vertragsparteien akzeptierten Zusatzvereinbarungen nicht geändert wurde und weiterhin einige umstrittene Punkte enthält.

Wir treten dafür ein, dass der Abbau von Zöllen und sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen nicht mit Senkungen von Standards in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz und Tierschutz sowie von Arbeitnehmerrechten einhergeht. Das Recht zur Regelung der kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht infrage gestellt werden. Ebenso muss das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden. Das Recht zu einer Verbesserung von Regulierungen und zur Anhebung von Standards muss weiter auf der europäischen Ebene, bei den nationalen Parlamenten und Regierungen liegen. Für uns ist die Prüfung der Vereinbarkeit des Vertrags und insbesondere der Investitionsschutzregeln mit dem europäischen und deutschen Recht durch den Europäischen Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht sehr wichtig. Solange dies nicht abschließend geklärt ist, kann die Hessische Landesregierung dem Abkommen mit Kanada nach Auffassung der hessischen GRÜNEN keine Zustimmung erteilen.

Für uns GRÜNE ist der Gedanke der Nachhaltigkeit stets handlungsweisend – nicht nur bei CETA. Daher setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Verfassungsänderung in Hessen Nachhaltigkeit als Staatsziel in die Verfassung mit aufgenommen wird. Darüber können die Bürgerinnen und Bürger in Hessen am 28. Oktober abstimmen und wir würden freuen, wenn das klappt.

2.) *Wird Ihre Partei als möglicher Koalitionspartner der neuen Hessischen Landesregierung auf einem NEIN oder einer Enthaltung bei der CETA-Abstimmung im Bundesrat bestehen?*

Antwort BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE bekennen uns zum fairen und freien Handel, sowohl innergemeinschaftlich wie mit Regionen und Staaten außerhalb der Europäischen Union. Wir fordern eine transparente Diskussion und Abwägung der Chancen und Risiken von CETA. Diese Position zum Freihandelsabkommen CETA hat der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen im Oktober 2014 geklärt und bei einer Landesmitgliederversammlung im November 2017 bestätigt. Die Landesmitgliederversammlung hat beschlossen, dass mindestens ein Votum des Parteirats einzuholen ist, bevor die grünen Mitglieder der Hessischen Landesregierung ihr Abstimmungsverhalten zum Ratifizierungsgesetz für CETA im Bundesrat festlegen. Dieser Beschluss behält seine Gültigkeit auch weiterhin für den Fall, dass unsere Partei erneut Teil der künftigen Landesregierung sein wird.

Wir GRÜNE wollen unser Abstimmungsverhalten erst dann endgültig festlegen, wenn die noch ausstehenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts und das Ratifizierungsgesetz der Bundesregierung vorliegen. Denn erst dann ist klar, was in dem Ratifizierungsgesetz konkret geregelt werden soll, welche Chancen das Freihandelsabkommen bietet und welche Risiken es beinhaltet. Wir wollen erst die Fakten gründlich prüfen und inhaltlich beraten, sobald sie vorliegen und dann entscheiden.